

Auf den Weg gebracht

Asylpaket ist wichtiger Schritt

Mehr sichere Herkunftsländer, weniger Leistungen für Asylbewerber in Deutschland: Das Asylpaket, das am Donnerstag in erster Lesung im Bundestag beraten wurde, trägt klar die Handschrift der CSU-Landesgruppe. „Es braucht zügig Signale der Ordnung“, sagte CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt. Denn: „Wir sind uns einig, dass wir den Zustrom begrenzen müssen.“



Foto: picture alliance/dpa

Jeden Tag kommen rund 10.000 Flüchtlinge nach Deutschland - die meisten über die bayerisch-österreichische Grenze. „Das ist insbesondere für die südbayerischen Kommunen beziehungsweise die Landkreise eine enorme Belastung und eine riesige Herausforderung“, ergänzte Stephan Mayer, der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion während der ersten Lesung. Es müsse deshalb klar sein: Wenn die Zahlen auf diesem Niveau blieben, sei Deutschland über kurz oder lang überfordert.

Die jetzigen Änderungen des Asylrechtes sind die umfangreichsten seit den 1990er Jahren. Ziel des Asylpaketes ist es, Fehlanreize zu minimieren und Missbrauch vorzubeugen. „Es geht darum, die Asylverfahren zu beschleunigen, die Unterbringung zu erleichtern und gleichzeitig die Abschiebung abgelehnter Asylbewerber zu forcieren“, erklärte Mayer. Geplant ist zum Beispiel, dass Asylbewerber künftig länger in Erstaufnahme-

einrichtungen bleiben und von dort auch wieder zurückgeführt werden. Außerdem wird das „Taschengeld“ möglichst durch Sachleistungen ersetzt. Albanien, Kosovo und Montenegro werden sichere Herkunftstaaten. Die CSU-Landesgruppe hatte dies bereits auf ihrer Klausurtagung in Kreuth im Januar 2015 gefordert. (Einen Überblick über die geplanten Maßnahmen lesen Sie auf Seite 2).

Zustrom begrenzen

Stephan Mayer unterstrich jedoch auch, dass das jetzige Asylpaket nur ein Zwischenschritt darstellen könne. „Es wird uns nicht erspart bleiben, hier in diesem Haus sehr schnell über weiter gehende Maßnahmen zu diskutieren und sie dann auch zu verabschieden“, so Mayer. Es dürfe deshalb keine Denkverbote geben, machte auch Gerda Hasselfeldt deutlich. „In Bayern ist die Belastungsgrenze erreicht.“ Sie forderte deshalb, bereits bestehende Flughafenverfahren auf die Landgrenzen auszuweiten. Das würde eine dringend nötige Entlastung schaffen.



Liebe Leserinnen und Leser,

in dieser Woche haben wir im Bundestag über die weitreichendsten Änderungen des Asylrechts seit den 1990er Jahren diskutiert. Bundestag und Bundesrat werden ihre Beratungen bis Mitte Oktober abschließen, so dass das Gesetz unverzüglich in Kraft treten kann.

Vor allem die Beschleunigung der Asylverfahren wird uns einen wesentlichen Schritt voranbringen, indem wir unsere Hilfe stärker auf die wirklich Schutzbedürftigen konzentrieren. Allerdings müssen weitere Schritte folgen, um den unverminderten Zustrom einzudämmen. Denn unsere Aufnahmekapazität ist begrenzt.

Die von den EU-Staats- und Regierungschefs beschlossenen Maßnahmen zum besseren Schutz der EU-Außengrenzen sind dringend umzusetzen. Wir müssen aber auch über weitere Möglichkeiten zur Begrenzung des Zustroms in unser Land offen und ohne Denkverbote diskutieren. Zum Beispiel erlaubt die EU-Asylverfahrensrichtlinie in bestimmten Fällen beschleunigte Asylverfahren an der Landesgrenze oder in Transitzonen, wie dies an Flughäfen bereits praktiziert wird. Dies könnte helfen, wieder mehr Ordnung in unserem Land und an unseren Grenzen herzustellen.

Wer bei uns Schutz vor Krieg und Gewalt sucht, muss sich allerdings auch an unsere Gesetze halten. Wer hier bleiben will, hat sich nach unseren Werten zu richten und nicht umgekehrt. Unser Grundgesetz und unsere grundlegenden Wertvorstellungen sind nicht verhandelbar. Die freiheitliche demokratische Grundordnung ist das Fundament für ein friedliches Zusammenleben in gegenseitigem Respekt. Die jüngsten Gewaltausbrüche in Flüchtlingsheimen sind daher völlig inakzeptabel. Dies müssen wir den Menschen, die zu uns kommen und hier bleiben wollen, unmissverständlich klar machen. Integration ist keine Einbahnstraße.

Alexander Radwan MdB

Auf Einladung der Landesgruppe

Nachwuchskräfte der CSU-Akademie zu Gast in Berlin

Auf einer Sonderfahrt des Bundespresseamtes besuchten politische Nachwuchskräfte der CSU-Akademie sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger aus dem Wahlkreis von Gerda Hasselfeldt das politische Berlin. Die Landesgruppenvorsitzende begrüßte die Gruppe in der bayerischen Landesvertretung und diskutierte mit ihnen über aktuelle Themen.

Vorherrschendes Thema war – wie nicht anders zu erwarten – die dramatische Flüchtlingssituation. Die Landesgruppenvorsitzende machte deutlich, dass die jüngst verabschiedeten Beschlüsse ganz klar die Handschrift der CSU trügen. Schon Anfang des Jahres hatte die Landesgruppe gefordert, diejenigen, die Hilfe benötigten, zu unterstützen, die nicht Schutzbedürftigen aber schnellst möglich zurückzuführen. Viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer berichteten von persönlichen Erfahrungen. Sie wiesen darauf hin, die Landkreise und Kommunen nicht zu vergessen.



Foto: CSU-Landesgruppe

Neben dem Besuch der CSU-geführten Ministerien und der Reichstagskuppel stand auch ein Gespräch

mit dem Parlamentarischen Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe, Max Straubinger, auf dem Programm.

Abschließend ging es zum Schloss Cecilienhof, in dem die Potsdamer Abkommen unterzeichnet wurden.

Diese Woche

Auf den Weg gebracht	
Asylpaket ist wichtiger Schritt	1
Auf Einladung der Landesgruppe	
Nachwuchskräfte der CSU-Akademie zu Gast in Berlin	2
25 Jahre Deutsche Einheit	
Wirtschaft wächst: Ost und West nähern sich an	3
Im Interview: Gerda Hasselfeldt zur Deutschen Einheit	
„Wiedervereinigung war für uns nie ein leeres Versprechen“	3
Bekämpfung von Menschenenschmuggel	
Bundeswehreininsatz gegen Schlepperbanden	4

IMPRESSUM:

Der Meinungsbeitrag auf S. 1 gibt die persönliche Auffassung des betreffenden Abgeordneten wieder.
Foto Editorial: Gabriele Ehrenhuber

Verantwortliche Redakteure:
Linda Dietze, Jutta Lieneke-Berns
11011 Berlin · Platz der Republik 1
Telefon: (030) 227 - 70212
e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Diese Veröffentlichung der CSU-Landesgruppe dient ausschließlich der Information und darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Asylpaket

Die wichtigsten Vorschläge im Überblick:

Auf Initiative der CSU-Landesgruppe hat die Koalition ein Asylpaket auf den Weg gebracht. Dieses soll zum 1. November 2015 in Kraft treten. Es enthält zahlreiche Änderungen des geltenden Rechts, die das Verfahren beschleunigen und dem Missbrauch vorbeugen.

- ◆ Albanien, Kosovo und Montenegro und damit alle Westbalkanländer werden zu sicheren Herkunftsstaaten.
- ◆ Asylbewerber aus sicheren Herkunftsstaaten werden bis zum Ende des Verfahrens in Erstaufnahmeeinrichtungen untergebracht und nicht auf die Kommunen oder staatliche Gemeinschaftsunterkünfte verteilt.
- ◆ Für alle Antragsteller wird die Aufenthaltsdauer in Erstaufnahmeeinrichtungen von drei auf sechs Monate erhöht.
- ◆ In den Erstaufnahmeeinrichtungen erhalten Sachleistungen Vorrang. Für Ausreisepflichtige, deren Ausreisetermin bereits feststeht, wird die Unterstützung auf das sogenannte physische Existenzminimum begrenzt.
- ◆ Für Asylbewerber aus sicheren Herkunftsstaaten, die nach dem 1. September 2015 einen Asylantrag gestellt haben, gilt ein Beschäftigungsverbot.
- ◆ Länder und Kommunen werden massiv entlastet und erhalten größere Unterstützung bei der Unterbringung, Aufnahme und Integration der Flüchtlinge.
- ◆ Zudem haben sich Bund und Länder zur konsequenten Durchsetzung bestehender Ausreisepflichten verständigt.
- ◆ Die Strafbarkeit von Schleusern wird deutlich verschärft; auch wird es einfacher sein, ihre Vermögen einzuziehen.

25 Jahre Deutsche Einheit

Wirtschaft wächst: Ost und West nähern sich an

Der Export hat sich seit den 1990er Jahren verdreifacht, das Bruttoinlandsprodukt mehr als verdoppelt, die Wirtschaftskraft steigt. Fakt ist, die neuen Länder holen auf. Doch auch 25 Jahre nach der Wiedervereinigung bleibt noch einiges zu tun. Das belegt der Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2015.

„Aus der Distanz von 25 Jahren erscheint dies alles selbstverständlich“, sagte der CSU-Abgeordnete Peter Ramsauer am Freitag im Plenum. Selbstverständlich sei jedoch nichts in der Geschichte, betonte Ramsauer.

Am 3. Oktober 1990 wurde ein geteiltes Land vereint. Die CSU hat stets an der Wiedervereinigung festgehalten. So hat die bayerische Staatsregierung mit Franz Josef Strauß 1973 gegen den DDR-Grundlagenvertrag geklagt. Die Verweigerung der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR sei der Beitrag Bayerns zum Fall des Unrechtsstaates gewesen. Denn: „So blieben wir immer das, was wir waren: ein Volk“, erklärte Ramsauer.



Foto: picture alliance/dpa

Heute steht Ostdeutschland gut da, bilanziert der Jahresbericht 25 Jahre nach der Wiedervereinigung. In vielen Bereichen konnten große Fortschritte erzielt werden. Dennoch dürften die positiven Ergebnisse nicht über die Defizite hinwegtäu-

schen, heißt es in dem Bericht. In Zukunft müsse deshalb die Wirtschaft in Ostdeutschland weiter gestärkt werden. Einen entsprechenden Antrag haben die Koalitionsfraktionen in den Deutschen Bundestag eingebracht.

Im Interview: Gerda Hasselfeldt zur Deutschen Einheit

„Wiedervereinigung war für uns nie ein leeres Versprechen“

Die Deutsche Einheit war ein großer Kraftakt, jetzt steht Deutschland wieder vor einer riesigen Herausforderung. Welche Parallelen sehen Sie?

Im Moment sind so viele Menschen auf der Flucht wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Ich denke, die Begrenzung und Bewältigung der Flüchtlingsströme wird eine noch größere Herausforderung als die Wiedervereinigung. Wir haben es mit geopolitischen Krisen zu tun, die wir hier in Deutschland nicht lösen können.

Sowohl die Deutsche Einheit als auch die aktuelle Völkerwanderung sind epochale Ereignisse, die enorme Herausforderungen für den deutschen Staat und die Gesellschaft bedeuten.

Wie bewerten Sie persönlich die Deutsche Einheit nach 25 Jahren?

Die Union hat immer an der Vision der Einheit festgehalten. Auch als diese Auffassung immer unbeliebter wurde und sich Viele mit einer Zweistaatlichkeit arrangieren wollten. Ich bin auf



Foto: Henning Schacht

diesen klaren Kurs nach wie vor sehr stolz. Die Wiedervereinigung war für uns nie nur ein leeres Versprechen, sondern immer eine Herzensangelegenheit. Auch nach 25 Jahren ist die historische Leistung von Helmut Kohl unvergessen. Er hat mutig die Initiative ergriffen, als sich mit dem Fall der Mauer die einmalige Chance zur Wiedervereinigung ergab.

Was war Ihr schönster Moment im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung?

Es gibt nicht den einen Moment. Zwischen Fall der Mauer und Unter-

zeichnung des Einigungsvertrages gab es viele schöne, bewegende Momente, aber auch unglaublich viel Arbeit. Emotionaler Höhepunkt bleiben die Stunden des Mauerfalls 1989. Da wurde uns das größte Glück unserer Geschichte zuteil. Als Bauministerin durfte ich die Einheit mitgestalten. Das war eine ebenso fordernde wie spannende Zeit. Es gab ja keinerlei Vorbilder, wie man zwei Staaten zusammenführt. Da haben wir nahezu jeden Tag Neuland betreten.

Ich bin sehr dankbar, dass ich diese Zeit so nah erleben und mitgestalten durfte.

Bekämpfung von Menschenmuggel

Bundeswehreinsatz gegen Schlepperbanden

Bundeswehr erhält Mandat zur Bekämpfung von Menschenhandel und Menschenmuggel im Mittelmeer. Denn diese Schlepperbanden sind keine heldenhafte Fluchthelfer, sondern skrupellose Kriminelle.

Mit großer Mehrheit erteilten die Abgeordneten am Donnerstag der Bundeswehr das Mandat, auch bewaffnete deutsche Streitkräfte zur Bekämpfung von Schlepperbanden im Mittelmeer zu entsenden. Bislang war die Bundeswehr ausschließlich zur Seenotrettung im Einsatz. „Wir gehen den nächsten Schritt“, so die CSU-Bundestagsabgeordnete Julia Obermeier in ihrer Rede, „Wir werden den kriminellen Schleusern das Handwerk legen.“



Foto: picture alliance/dpa

Aufgrund des ungebremsten Zustroms von Flüchtlingen seien Recht und Ordnung außer Kraft gesetzt – ein Sicherheitsrisiko, das man nicht länger hinnehmen könne. „Heute entscheiden kriminelle Schleuser, wer zu uns nach Europa kommt.“ Und sie verdienen gut daran: In den letzten 15 Jahren hätten Schleuserbanden auf diesem Weg 16 Milliarden Euro eingenommen. „Diese Schleuser sind keine heldenhaften Fluchthelfer,

sondern skrupellose Kriminelle,“ stellte Obermeier klar. Allein dieses Jahr hätten bereits 3.000 Menschen ihre Reise mit dem Tod bezahlt.

Bis zu 950 deutsche Soldatinnen und Soldaten können sich an der zweiten Phase der EU-Operation „Eunavfor Med“ beteiligen. Sie sind befugt, auf Hoher See Schiffe anzuhalten und zu durchsuchen, zu beschlagnahmen und umzuleiten, bei denen der Ver-

dacht auf Menschenmuggel oder Menschenhandel besteht.

Das Mandat soll zunächst bis Ende Oktober 2016 laufen und ist Teil des EU-Gesamtansatzes zur Flüchtlingspolitik: Dieser umfasst neben der Schleuserbekämpfung auch die Seenotrettung. Allein die Bundeswehr habe seit Mai über 8.000 Menschen gerettet, so Obermeier. Für diesen Einsatz bedankte sie sich ausdrücklich.

Bundestags-ABC

Was ist eigentlich die ... Kernzeit?

In der Kernzeit werden die wichtigsten Themen der Sitzungswoche im Plenum behandelt. Parallel zur Kernzeit, meist donnerstags Vormittag, finden dabei keine Gremiensitzungen statt.

Der gesamte Bundestag konzentriert sich auf die Debatten. Im Rahmen der Parlamentsreform 1995 wurde diese Regelung eingeführt – auch, um das öffentliche Interesse an Debatten zu wichtigen Themen zu erhöhen und die Glaubwürdigkeit des Bundestages zu verbessern.

Verantwortlich für die Tagesordnung des Bundestages und damit auch für die Kernzeitthemen sind die Parlamentarischen Geschäftsführer der Fraktionen und das Bundestagspräsidium.

Bericht zu Auswärtiger Kultur- und Bildungspolitik



Foto: picture alliance/dpa

Gutes Image im Ausland

Nach sechs Jahren belegt Deutschland wieder den ersten Platz beim sogenannten „Nation Brands Index“. Das geht aus dem aktuellen Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kulturpolitik- und Bildungspolitik hervor, der am Freitag im Bundestag debatiert wurde. Die internationale Wahrnehmung Deutschlands hat sich vor allem in den Kategorien Kultur (Platz 1) und Bevölkerung (Platz 3) deutlich verbessert.

Kultur- und Bildungsangebote erreichen die Menschen in den Partnerländern direkt und legen so ein breites Fundament für stabile internationale Beziehungen.

„Die Diplomatie kennt viele Instrumente der Außenpolitik“, erklärte der CSU-Abgeordnete Bernd Fabritius in seiner Rede. „Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik leistet oftmals Pionierarbeit im Vorfeld der klassischen Diplomatie.“ Sie könne verhindern, dass Konflikte überhaupt entstehen. Gerade der Jugendaustausch und die Lehrkräfte im Ausland seien wichtige Investitionen in eine friedliche Zukunft.

Ein Schwerpunkt der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik waren das Deutschlandjahr in Brasilien mit 1.100 Veranstaltungen in 100 Städten.